

# WIKIPEDIA's Märchenstunde

Manuskript zum Film  
von Werner May

Bei der Recherche zu meinem letzten Film „Rechtsstaat?“ habe ich auch WIKIPEDIA besucht. Dabei ist mir einiges aufgefallen, über das ich heute berichten will.

## Allgemeines [ Bearbeiten | Quelltext bearbeiten ]

In [Art. 38](#) <sup>☞</sup> Abs. 1 Satz 1 [Grundgesetz](#) ist festgelegt, dass die Bundestagswahlen „allgemein, frei, unmittelbar, gleich und geheim“ sein müssen.

- *Allgemeinheit* der Wahl bedeutet, dass jeder Staatsbürger ab Volljährigkeit unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, politischer Anschauung oder Geschlecht das Recht hat, zu wählen und gewählt zu werden.
- *Freiheit* der Wahl bedeutet, dass der Wähler in einem freien Prozess der Meinungsbildung zu seiner Entscheidung kommen soll und diese unverfälscht zum Ausdruck bringen kann. Des Weiteren bedeutet „Freiheit der Wahl“, dass jeder Wahlberechtigte frei entscheiden kann, ob er überhaupt zur Wahl geht. In Deutschland besteht also keine Wahlpflicht, wie bspw. in Belgien.
- *Unmittelbarkeit* bedeutet, dass das wahlberechtigte Volk seine Vertreter direkt wählt und nicht durch Wahlmänner vertreten wird, wie zum Beispiel bei der Wahl des Bundespräsidenten, der von der Bundesversammlung gewählt wird.

Zum Thema **Bundestagswahlen** erfährt man unter „Allgemeines“, dass die Bundestagswahlen „allgemein, frei, unmittelbar, gleich und geheim“ sein müssen. Soweit so gut. Bei der Erklärung wird aus dem Wörtchen „frei“ plötzlich „Freiheit“. Der Wähler soll in einem freien Prozess der Meinungsbildung zu einer Entscheidung kommen. Freiheit bedeute auch, dass der Wähler überhaupt zur Wahl geht oder nicht.

Wer hat sich das denn ausgedacht?

Wer klares Wasser trinken will geht am Besten an die Quelle. In diesem Fall gehen wir zu den „Vätern des Grundgesetzes“, die in ihren Protokollen genau festgehalten haben warum welches Wort mit welcher Bedeutung in das Grundgesetz aufgenommen wurde. Dort erfährt man Sinn und Zweck des Wortlauts und braucht sich nichts aus den Fingern zu saugen.

Der Abgeordnete Dr. Dr. h. c. Lehr war Protokollführer im Abschnitt III zum Thema „Der Bundestag“. Er schrieb und wir lesen: „Der Artikel 38 Absatz 1 Grundgesetz, wonach die Abgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden, entspricht der bisher üblichen auch vom

### **Schriftlicher Bericht des Abgeordneten Dr. Dr. h. c. Lehr**

#### **Abschnitt "III. Der Bundestag" im einzelnen**

##### **Wahl.**

Der Artikel 38 Absatz 1 Grundgesetz, wonach die Abgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, **freier**, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden, entspricht der bisher üblichen auch vom Chiemseer Entwurf übernommenen Formulierung. Das Attribut "freier" ist allerdings neu. Es wurde erst in der dritten Lesung des Plenums auf Vorschlag des Abgeordneten Dr. Greve (SPD) eingefügt, nachdem es bereits in Artikel 28 Absatz 1 Satz 2 Aufnahme gefunden hatte.

**Der Antrag auf Aufnahme des Wortes "freier" wurde ohne Begründung gestellt und ohne Erörterung angenommen. Er wendet sich gegen jede obrigkeitliche Beeinflussung der Wahl, insbesondere gegen jedes System einer Bindung an Wahlvorschläge, die etwa von der Regierung oder einer herrschenden Partei aufgestellt werden, wie es im nationalsozialistischen Staat der Fall war.**

*Chiemseer Entwurf übernommenen Formulierung. Das Attribut "freier" ist allerdings neu. Es wurde erst in der dritten Lesung des Plenums auf Vorschlag des Abgeordneten Dr. Greve (SPD) eingefügt, nachdem es bereits in Artikel 28 Absatz 1 Satz 2 Aufnahme gefunden hatte.*

*Der Antrag auf Aufnahme des Wortes "freier" wurde ohne Begründung gestellt und ohne Erörterung angenommen. Er wendet sich gegen jede obrigkeitliche Beeinflussung der Wahl, insbesondere gegen jedes System einer Bindung an Wahlvorschläge, die etwa von der Regierung oder einer herrschenden Partei aufgestellt werden, wie es im nationalsozialistischen Staat der Fall war.“*

Wie wir sehen geht es nicht um die Freiheit, ob man an einer Wahl teilnehmen will oder nicht.

- Es geht darum, dass man nicht an Wahlvorschläge gebunden ist, die z.B. von einer herrschenden Partei aufgestellt werden.
- Es geht darum, dass die Listenwahl verboten ist, da die Parteien Listen aufstellen, auf die Sie, der der Wähler, keinen Einfluß hat.
- Es geht darum, dass Sie über die Listenwahl Abgeordnete wählen, die Sie gar nicht kennen und denen Sie daher auch kein Vertrauen schenken können.
- Es geht darum zu verhindern, dass wir wieder einen nationalsozialistischen Staat erhalten, in dem Parteien das Sagen haben, die Abgeordnete stellen, die Richter stellen, die Staatsanwälte stellen, die die Verwaltungen besetzen usw.

Kurz: - Es geht darum den Faschismus zu verhindern.

Alle Macht soll vom Volke ausgehen und nicht von einer oder mehrerer gleichgesinnter Parteien.

Das Volk als Ganzes soll bestimmen, wer es vertritt und deshalb **muss** die Wahl „unmittelbar“ sein.

- **Unmittelbarkeit** bedeutet, dass das wahlberechtigte Volk seine Vertreter direkt wählt und nicht durch **Wahlmänner** vertreten wird, wie zum Beispiel bei der Wahl des **Bundespräsidenten**, der von der **Bundesversammlung** gewählt wird.

WIKIPEDIA macht aus dem Wort „unmittelbar“ das Wort „Unmittelbarkeit“ und stellt richtig fest, dass das Volk seine Vertreter direkt wählen muss. Um von den Parteien abzulenken, die zwischen dem Wähler und dem Abgeordneten stehen, werden dann plötzlich Wahlmänner ins Spiel gebracht.

Das Wort „unmittelbar“ ist nicht schwer zu verstehen. Es bedeutet „ohne Vermittler“. Es bedeutet „direkt“.

Im Duden ist es so definiert:

„nicht durch etwas Dritten vermittelt; direkt; geradewegs.“

The screenshot shows the Duden website interface. At the top, there is a navigation bar with 'DUDEN' in a large font, followed by 'SHOP | SPRACHWISSEN | DIGITALES | SERV'. Below this is a search bar with the text 'ALLE' and a search prompt 'Suchen Sie nach einem Wort, Produkt, einer ISBN oder Wendung...'. The breadcrumb trail reads 'SIE SIND HIER: Startseite > Wörterbuch > unmittelbar'. The main content area displays the word 'unmittelbar' with its part of speech 'Adjektiv' and frequency indicator. Below this, there are sections for 'RECHTSCHREIBUNG' (showing 'Worttrennung: un|mit|tel|bar') and 'BEDEUTUNGSÜBERSICHT' (showing three numbered definitions: 1. nicht mittelbar, nicht durch etwas Drittes, durch einen Dritten vermittelt; direkt; 2. durch keinen oder kaum einen räumlichen oder zeitlichen Abstand getrennt; 3. direkt; geradewegs [durchgehend]).

Wem das immer noch nicht genügt dem hilft vielleicht die Wortbedeutung: „ohne etwas dazwischen.“

Zwischen dem Wähler und dem Abgeordneten darf nichts dazwischen sein, keine Partei, keine Wahlmänner und auch keine Wahlfrauen !

Grundgesetzgemäß sind die Wahlen nur dann, wenn die Abgeordneten direkt gewählt werden.

The screenshot shows the website 'Wortbedeutung.info' with a navigation bar containing 'Home', 'Suche', and 'Kontakt & Info'. The main heading is 'unmittelbar (Deutsch)' with the part of speech 'Adjektiv'. It lists 'Steigerungen' (Positiv unmittelbar, Komparativ unmittelbarer, Superlativ am unmittelbarsten), 'Silbentrennung' (un|mit|tel|bar, Komparativ: un|mit|tel|ba|rer, Superlativ: am un|mit|tel|bars|ten), and 'Aussprache/Betonung' (IPA: [ˈʊnˈmɪtl̩ˈbaːʁ], Komparativ: [ˈʊnˈmɪtl̩ˈbaːrɛ]). The 'Wortbedeutung/Definition' section contains two numbered points: 1) nicht steigerbar: ohne etwas dazwischen; 2) im zwischenmenschlichen Bereich: sehr nahe.

Das aber hat den sogenannten Volksparteien von Anfang an nicht gepasst und so haben sie es über die Jahre passend gemacht: Durch Verfälschung der Wortinhalte und durch systematische Verdummung der Bevölkerung mit Hilfe der Juristen und der Medien. Tausende und abertausende Menschen arbeiten an WIKIPEDIA mit und niemand ist gewillt oder in der Lage die Protokolle des Parlamentarischen Rates zu lesen?

Oder sollte inzwischen die Zensur zu diesem Märchen über „Freiheit“ und „Unmittelbarkeit“ gekommen sein?

Gehen wir geschwind zum nächsten Märchen, welches mir aufgefallen ist.  
Wenden wir uns dem Bundesverfassungsgericht zu:

The screenshot shows the Wikipedia article for the **Bundesverfassungsgericht** (BVerfG). The article text states: "Das **Bundesverfassungsgericht (BVerfG)**<sup>[2]</sup> ist in der Bundesrepublik Deutschland das Verfassungsgericht des Bundes. Als **Hüter der deutschen Verfassung (des Grundgesetzes)** hat das Gericht eine Doppelrolle, einerseits als unabhängiges Verfassungsorgan und andererseits als Teil der judikativen Staatsgewalt auf dem speziellen Gebiet des Staats- und Völkerrechts. Durch seine maßgeblichen Entscheidungen liefert es eine verbindliche Auslegung des Verfassungstextes.<sup>[3][4]</sup>"

Obwohl es Entscheidungen anderer Gerichte kontrolliert, gehört es nicht zum Instanzenzug. Das Bundesverfassungsgericht überprüft nicht, ob die Fachgerichte das Fachrecht richtig angewandt haben; es überprüft nur, ob die getroffene Entscheidung mit dem Grundgesetz in Einklang steht. Kommt es zum Ergebnis, dass eine Entscheidung die Verfassung verletzt, hebt es sie – und ggf. die Entscheidungen der Vorinstanzen – auf und verweist die Angelegenheit zur nochmaligen Überprüfung an die Fachgerichte zurück (§ 95 Abs. 2 BVerfGG). Es ist insofern das höchste deutsche Gericht, als dass es Handlungen aller Verwaltungsebenen aufheben bzw. bei Unterlassungen sie zum Handeln bestimmen kann und dass Entscheidungen des Gerichts weder von Staatsorganen noch von anderen angefechtbar sind.<sup>[5]</sup>

The summary box on the right provides the following details:

- Staatliche Ebene:** Bund
- Stellung:** Verfassungsorgan
- Gründung:** 28. September 1951<sup>[1]</sup>
- Hauptsitz:** Karlsruhe, Deutschland
- Vorsitz:** Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle
- Website:** www.bundesverfassungsgericht.de

Schon der 2. Satz macht mich stutzig: Das Bundesverfassungsgericht ist Hüter der deutschen Verfassung und das sei das Grundgesetz. Im Grundgesetz steht jedoch, dass das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, wenn eine Verfassung in Kraft tritt.

**Art 146**

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Entweder gilt das Grundgesetz noch und wir haben noch keine Verfassung, oder das Bundesverfassungsgericht hütet bereits die Verfassung und dann gilt das Grundgesetz nicht mehr. Darüber sollte man in Ruhe nachdenken.

Richtig interessant bei WIKIPEDIA wird es hier: Die Wahl der Richter.

## Wahl der Richter [\[Bearbeiten\]](#) | [Quelltext bearbeiten](#)

Rechtsgrundlagen für die Wahl sind [Art. 94 GG](#), in dem die Wahl durch [Bundestag](#) und [Bundesrat](#) festgeschrieben ist, sowie die [§§ 2–11 BVerfGG](#), welche ausführende Bestimmungen enthalten.

Wie WIKIPEDIA richtig feststellt sind die Rechtsgrundlagen für die Wahl im Artikel 94 GG.

### Art 94

(1) Das Bundesverfassungsgericht besteht aus Bundesrichtern und anderen Mitgliedern. Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt. Sie dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.

Dort steht: „Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt.“ Das heißt die Bundesverfassungsrichter müssen in einer **direkten** Wahl vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt werden. Der Wortlaut ist klar und eindeutig. Das Wort „direkt“ hatten wir bereits. Man könnte auch „unmittelbar“ dazu sagen.

Stellt sich also die Frage: **Wurden die Bundesverfassungsrichter direkt vom Bundestag gewählt oder nicht ?**

Die Antwort gibt uns das Bundesverfassungsgerichtsgesetz, welches am 12.3.1951 veröffentlicht wurde.

### § 6

(1) Die vom Bundestag zu berufenden Richter werden in **indirekter Wahl** gewählt.

(2) Der Bundestag wählt nach den Regeln der Verhältniswahl einen Wahlausschuß für die Richter des Bundesverfassungsgerichts, der aus zwölf Mitgliedern des Bundestages besteht. Jede Fraktion kann einen Vorschlag einbringen. Aus den Summen der für jeden Vorschlag abgegebenen Stimmen wird nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt) die Zahl der auf jeden Vorschlag gewählten Mitglieder errechnet. Gewählt sind die Mitglieder in der Reihenfolge, in der ihr Name auf dem Vorschlag erscheint. Scheidet ein Mitglied des Wahlausschusses aus oder ist es verhindert, so wird es durch das nächste auf der gleichen Liste vorgeschlagene Mitglied ersetzt.

Die Antwort steht unmissverständlich im Absatz 1. Die Richter werden in **indirekter Wahl** gewählt.

Der Absatz 2 belehrt uns, dass 12 Mitglieder des Bundestages einen **Wahlausschuss** bildeten, der dann wählte.

Die **indirekten** Wahlen durch den Wahlausschuss von 1951 bis 2015 waren schlichtweg grundgesetzwidrig.

#### Wahl im Bundestag[Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Seit einer Überarbeitung des Wahlverfahrens durch Gesetzesbeschluss vom 24. Juni 2015 zum 30. Juni 2015 (BGBl. I S. 973) erfolgt die Wahl der Richter durch das Plenum des deutschen Bundestages mit verdeckten Stimmkarten ohne Aussprache. Zur Wahl hat der Kandidat eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen, diese muss jedoch mindestens die Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Bundestages betragen. Zur Vorbereitung der Wahl setzt der Bundestag einen zwölf Mitglieder umfassenden Wahlausschuss<sup>[33]</sup> ein, der vom ältesten Mitglied einberufen und geleitet wird. Die Mitglieder dieses Ausschusses werden nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren aufgrund von Vorschlagslisten gewählt. Der Ausschuss berät vertraulich – die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet – und beschließt mit mindestens acht von zwölf Stimmen, dem Bundestag einen Wahlvorschlag zu unterbreiten. Dieses Verfahren soll gewährleisten, dass nur Kandidaten mit hinreichender Unterstützung dem Plenum zur Wahl vorgelegt werden (§ 6 BVerfGG).

Vor der Überarbeitung des Wahlverfahrens war der Wahlausschuss direkt für die verbindliche Wahl zuständig, die Wahl wurde also nicht durch das Plenum durchgeführt. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Vorgehen zwar für mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt, kritisiert wurde jedoch vornehmlich die fehlende Transparenz im Verfahren.<sup>[34][35]</sup>

WIKIPEDIA stellt zwar fest, dass die Wahl nicht durch das Plenum durchgeführt wurde und erklärt dann, dass das Bundesverfassungsgericht dieses Vorgehen mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt hätte. Es habe lediglich an der fehlenden Transparenz im Verfahren gefehlt.

Dazu gibt es den Hinweis auf die Fußnoten 34 und 35.

34. ↑ *Lammert für Änderung der Wahl der Verfassungsrichter*. Meldung auf [FAZ.NET](#) vom 14. Juli 2012, abgerufen am 14. Juli 2012.
35. ↑ Gabriela M. Sieck, Carmen Sinnukrot: *Die Wahl von Richtern des Bundesverfassungsgerichts* (PDF; 91 kB), [Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages](#), Nr. 37/06, 11. September 2006. Abgerufen am 9. Dezember 2015.

Demnach hat Herr Lammert sich 2012 für die Änderung der Wahl der Verfassungsrichter eingesetzt und der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat sich 2006 mit dem Thema beschäftigt. Aber wann hat das Bundesverfassungsgericht diese Wahlen „für mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt“? Dieses Urteil hätte ich gerne, aber ich kann es nirgends finden. Vielleicht können Sie, oder die Aktiven bei WIKIPEDIA mir da weiter helfen.

Offensichtlich weil einige kritische Geister die grundgesetzwidrigen Wahlen im Internet gebrandmarkt hatten, wurde 2015 das Wahlgesetz geändert, was bei WIKIPEDIA als „Überarbeitung des Wahlverfahrens“ bezeichnet wird.

Jeder, der nur ein bisschen denken kann, wird feststellen: Die Wahlen waren schlichtweg grundgesetzwidrig und die Hüter der angeblichen Verfassung haben im Eigeninteresse vergessen zu hüten.

Oder kannten die Richter das Grundgesetz nicht?  
Oder kannten die Richter das Bundesverfassungsgerichtsgesetz nicht?  
Oder wussten die Richter nicht von wem Sie in ihr Amt gehoben wurden?

Sehen wir einmal, wer vor 2015 von einem grundgesetzwidrigen Wahlausschuss zum Verfassungsrichter benannt wurde:

Demnach sind Herr Paulus (2010) und Frau Baer (2011) vom 1. Senat nach der alten Fassung des Wahlgesetzes in ihr Amt gehoben worden und somit grundgesetzwidrig tätig.

Richter des Ersten Senats					
Name	Beginn der Amtszeit	Ende der Amtszeit	nominiert von	gewählt von	Nachfolger von
Stephan Harbarth (* 1971) (Vizepräsident)	30. Nov. 2018 <sup>[38]</sup>	29. Nov. 2030	CDU/CSU	Bundestag	Ferdinand Kirchhof
Johannes Masing (* 1959)	2. Apr. 2008	1. Apr. 2020	SPD	Bundesrat	Wolfgang Hoffmann-Riem
Andreas Paulus (* 1968)	16. Mär. 2010	15. Mär. 2022	FDP	Bundestag	Hans-Jürgen Papier
Susanne Baer (* 1964)	2. Feb. 2011	1. Feb. 2023	Grüne	Bundesrat	Christine Hoffmann
Gabriele Britz (* 1968)	2. Feb. 2011	1. Feb. 2023	SPD	Bundesrat	Christine Hohmann-Dennhardt
Yvonne Ott (* 1963)	8. Nov. 2016	7. Nov. 2028	SPD	Bundesrat	Reinhard Gaier
Josef Christ (* 1956)	1. Dez. 2017	2024	CDU/CSU	Bundestag	Wilhelm Schluckebier
Henning Radtke (* 1962)	16. Juli 2018	31. Mai 2030	CDU/CSU	Bundesrat	Michael Eichberger

  

Kammern des Ersten Senats (2018) <sup>[39]</sup>			
Kammer	1. Richter	2. Richter	3. Richter
1. Kammer	Harbarth	Ott	Christ
2. Kammer	Baer	Britz	Radtke
3. Kammer	Harbarth	Masing	Paulus
4. Kammer	Paulus	Ott	Christ

Wenden wir uns dem 2. Senat zu:

Richter des Zweiten Senats					
Name	Beginn der Amtszeit	Ende der Amtszeit	nominiert von	gewählt von	Nachfolger von
Andreas Voßkuhle (* 1963) (Präsident)	7. Mai 2008	6. Mai 2020	SPD	Bundesrat	Winfried Hassemer
Peter M. Huber (* 1959)	16. Nov. 2010	15. Nov. 2022	CDU/CSU	Bundestag	Winfried Hassemer
Monika Hermanns (* 1959)	16. Nov. 2010	15. Nov. 2022	SPD	Bundestag	Winfried Hassemer
Sibylle Kessal-Wulf (* 1958) <sup>[40]</sup>	19. Dez. 2011	18. Dez. 2023	CDU/CSU	Bundesrat	Rudolf Mellinghoff
Peter Müller (* 1955)	19. Dez. 2011	30. Sep. 2023	CDU/CSU	Bundesrat	Udo Di Fabio
Doris König (* 1957)	2. Juni 2014 <sup>[41]</sup>	30. Juni 2025	SPD	Bundestag	Ce <trude lühbe-wolff<="" td=""> </trude>
Ulrich Maidowski (* 1958)	15. Juli 2014 <sup>[42]</sup>	14. Juli 2026	SPD	Bundestag	Winfried Hassemer
Christine Langenfeld (* 1962)	20. Juli 2016	19. Juli 2028	CDU/CSU	Bundesrat	Herbert Landau

Demnach sind Herr Huber (2010), Frau Hermanns (2010) Frau König (2014) und Herr Maidowski (2014) noch in indirekter Wahl, also grundgesetzwidrig, in ihr Amt bestellt worden.

Warum die Damen und Herren Bundesrichter nicht von **Richterkollegen** sondern von Parteien nominiert werden, ist eines der Geheimnisse dieses angeblichen Rechtsstaates, bei dem die Gewalten voneinander getrennt sein müssten und die Parteien nur der „politischen Willensbildung“ dienen.

Was lernen wir daraus? Die da OBEN haben die Macht und die Möglichkeit ihr gesetzeswidriges Verhalten hinter geschickt verbreiteten Märchen zu verstecken. Justiz, Verwaltung und die Medien beteiligen sich munter an der Verbreitung dieser Märchen, sodass das Volk, also die da UNTEN, schön brav dumm und unten bleiben.

Ach ja. Abschließend bleibt dann noch die Frage zu klären:

**Können grundgesetzwidrig gewählte Richter rechtskräftige Urteile fällen ?**  
Denken Sie mal in Ruhe darüber nach.



[Alle meine Filme bei youtube sind hier aufgelistet](#)

\*\*\*\*\*

Die Manuskripte der Filme liegen als pdf-Dateien vor unter:

[www.widerstand-ist-recht.de](http://www.widerstand-ist-recht.de)

BeAme Das Bundesverfassungsgericht Das Zitiergebot  
Ist das Jobcenter eine Kriminelle Vereinigung?  
Der Ausweis Der Kammerzwang  
Die Einkommens- und Lohnsteuer Die Bundeswehr  
Die Staatsanwaltschaft  
Die Volksvertreter Die Wahlen und die Folgen  
Die Würde des Menschen... GEZahlt wird nicht ! Notwehr  
Tatort Rechtsstaat Unser Staat ? Unterschrift: "Im Auftrag" Deutsche  
Gerichtsvollzieher  
Wie wir mit Ausfertigungen abgefertigt werden...  
Wie wir unsere Würde zurückgewinnen können  
Geheimdienste 1&2 WIR schaffen das NICHT ! Berlin  
Die **B**esatzungs **R**epublik **D**eutschland Die Reichsdeutschen  
Das Personalausweisgesetz ist ungültig  
Verschwörungspraktiker Verschwörungspraktiker II  
Richterliche Befangenheit Gott und Politik Widerstand ist Recht  
Verfassungsfeinde Die Verhandlung Der Strafantrag  
Die Reden des Abgeordneten Ehrlich Ein- und Aussichten  
Verkehr mit der Geisterwelt Feuerbestattung  
Barauszahlung der Grundsicherung Rechtsstaat ?



